

Niederschrift

Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Zeuthen - Klimaschutz

Sitzungstermin:	Dienstag, 21.04.2026
Ort:	Mehrzweckraum des Sport- und Kulturzentrums, Schulstraße 4, 15738 Zeuthen
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	22:11 Uhr

Anwesenheit

Bürgermeister

Herr Philipp Martens - DIE LINKE

Vorsitz der Gemeindevertretung

Frau Nadine Selch - CDU

Gemeindevertreter

Frau Beate Burgschweiger - SPD

online

Herr Dr. Jens Burgschweiger - SPD

Herr Dr. René Damaschke - BfZ

Frau Nina Gänsdorfer - B'90/Grüne

online

Frau Dipl. Med. Brita Haarfeldt - DIE LINKE

Herr Thomas Hagedorn - BfZ

Herr Jörgen Hassler - SPD

Herr Udo Itzeck - BfZ

Herr Dieter Karczewski - BfZ

online

Herr Klaus-Dieter Kubick - BfZ

Frau Lynn Langas - B'90/Grüne

online ab 19:12 Uhr

Frau Christine Naumann - SPD

Herr Holger Pieplow - B'90/Grüne

Herr Sylvio Rich - CDU

Frau Karin Sachwitz - BfZ

Herr Peter Schulz - DIE LINKE

Frau Michaela Schust - CDU

Herr Mathias Stahl - BfZ

Herr Matthias Tronjeck - BfZ

Frau Christine Wehle - Wählergemeinsch. Z.U.M Leben

Herr Michael Wolter - CDU

Baum- und Naturschutzbeirat

Herr Uwe Bruns -

Herr Axel Mieritz -

online

Herr Joachim Straub -

Seniorenbeirat

Frau Petra Koppe -

online

Herr André Fankhänel -

online

Verwaltung

Herr Richard Schulz -

Herr Andreas Rau -

Protokoll

Frau Katja Bluhm -

Niederschrift

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung und Bestätigung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie Bestätigung der Tagesordnung

Die Vorsitzende Frau Selch eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Zu Beginn der Sitzung sind 22 Mitglieder anwesend.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

2. Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 16.12.2025

Frau Selch weist daraufhin, dass die Änderungswünsche von Frau Wehle und Herrn Hassler in die Niederschrift eingearbeitet wurden. Es gibt keine Einwendungen zur Niederschrift.

3. Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 17.02.2026

Es gibt keine Einwendungen zur Niederschrift.

4. Informationen aus der Gemeindeverwaltung

Frau Langas ist ab 19:12 Uhr anwesend.

Der Bürgermeister informiert:

Spatenstich für die neue evangelische Grundschule im Zeuthener Winkel:

Vor der heutigen Gemeindevertretersitzung hat der Spatenstich stattgefunden. Es handelt sich um eine zweizügige Grundschule mit einer Einfeldsporthalle und Außenanlagen, die im Sommer 2028 den Betrieb aufnehmen soll.

Bau des EDEKA-Marktes in Miersdorf:

Die notariellen Beurkundungen des Durchführungsvertrages und des Kaufvertrages für den Bau des EDEKA-Marktes sind abgeschlossen. Die Genehmigung des geänderten Flächennutzungsplans durch den Landkreis liegt vor, und die Bekanntmachung im Amtsblatt ist für Anfang Mai 2026 geplant. Damit kann die Vorhabenträgerin einen Bauantrag stellen.

Bauarbeiten Forstallee:

Die Arbeiten schreiten planmäßig voran, jedoch gab es Herausforderungen bei der Entsorgung des Schüttguts. Der Bürgermeister bedankt sich bei den Anwohnern für ihr Verständnis und betont, dass die anfänglichen Schwierigkeiten, insbesondere bei den Parkverboten, weitgehend gelöst wurden.

Rathausplatz:

Der Rathausplatz wurde neu hergerichtet. Die Uferbefestigung ist im letzten Jahr durch eine Fachfirma erfolgt, während der Bauhof die Wege und Bänke erneuert hat. Eine neue Bepflanzung ist geplant.

Dorfstraße 35 in Miersdorf:

Die Fläche ist geplant und Löcher wurden verfüllt. Die Vorhabenträgerin hat zugesichert, den Bauantrag für die geplanten Gebäude nach Ostern final abzustimmen.

Miersdorfer See:

Der Bürgermeister kündigt ein Treffen mit Anwohnern und dem Anglerverein zum Miersdorfer See an, um die vergangene Badesaison auszuwerten und Absprachen für die kommende Saison zu treffen.

Miersdorfer Werder:

Es hat ein Treffen mit Anwohnern des Miersdorfer Werders stattgefunden, bei dem Bedenken zur Bebauung am Dahmeweg thematisiert wurden. Der Bürgermeister betont, dass das Baurecht seit 2017 besteht und keine neuen Rechte geschaffen wurden. Es kommt vermutlich zu einer Verschiebung des Baufeldes.

Friesenstraße:

Es sind Unterschriften von Anwohnern aus der Friesenstraße eingegangen. Ein gemeinsamer Termin ist für die nächste Woche vereinbart, um die Anliegen im Detail zu besprechen. Der Bürgermeister entschuldigt sich für die verspätete Einbindung der Anwohner.

„90 Tage Goethestraße“ – Zeuthen Open Streets:

Das Vorhaben soll am 1. Mai 2026 starten. Die Deutsche Bahn hat vor, ab Ende Mai 2026 bis Ende August 2026 den Bereich des Goethestichs zu sperren, um den großen Baukran abzubauen, einen mobilen Kran hinzustellen und das Zugangsgebäude fertig zu stellen. Dies könnte die Durchführung des Projekts beeinträchtigen. Eine Entscheidung über eine mögliche Verschiebung steht noch aus.

Nutzung des Multifunktionsgebäudes „Bester Freund“ als Sitzungssaal:

Die Nutzung ist weiterhin geplant, jedoch gibt es organisatorische Herausforderungen, wie abschließbare Türen. Ein Umzug ist deshalb frühestens im Juni 2026 oder Juli 2026 möglich.

Kita-Bedarfsplanung und Schulentwicklungsplanung des Landkreises:

Die Unterlagen sind der Gemeinde zugegangen. Der Bürgermeister kritisiert, dass die Zuzugsprognosen aufgrund des Baugeschehens in Zeuthen nicht berücksichtigt wurden und betont, dass die Gemeinde ihre Position deutlich gemacht hat.

Verhandlungen mit Schulzendorf

Es sind Verhandlungen über die Bereitstellung von 30 Kitaplätzen in Zeuthen im Gange, da in Schulzendorf ein Mangel an Plätzen besteht und derzeit die Kitas in Zeuthen nicht ausgelastet sind. Das betrifft 20 Plätze der Kita Kinderkiste und 10 Plätze in der Kita Pustebume.

Bevorstehende Veranstaltungen:

- Bürgerhouse Party am 24.04.2026 ab 21 Uhr
- Sportfest „650+1“ am 25.04.2026 von 14 Uhr bis 17 Uhr auf dem Sportplatz der Schulstraße
- Trödelmärkte am 01.05.2026 in der Schillerstraße und in der Goethestraße
- Politikbrunch mit Petra Pau am 01.05.2026 im Bürgerhaus ab 11 Uhr von der Fraktion die Linken
- Kinderfest der Fraktion SPD am 01.05.2026 ab 15 Uhr an der Paul-Dessau-Schule
- traditionelles Gedenken zum Tag der Befreiung am 08.05.2026
- gemeinsame Veranstaltung der Kreismusikschule und der Paul-Dessau-Schule zum Thema Film-musik am 24.05.2026

Zeitung am Zeuthener See:

Abschließend verweist der Bürgermeister auf die neue Ausgabe, die am 06.05.2026 erscheint.

5. Einwohnerfragestunde

Frau Röder zum Thema Friesenstraße:

Frau Röder erklärt, dass die Anwohner mit dem Beschluss nicht einverstanden sind. Sie kritisiert das Parkverbot vor allem für ältere Bewohner, Handwerker, den Lieferverkehr sowie die fehlenden Stellplätze auf Gemeindegrundstücken. Die Anwohner schlagen gekennzeichnete Parkflächen, kein generelles Parkverbot von 06:30 Uhr bis 18 Uhr und Einbahnstraßen vor. Die Anwohner befürworten eine Tempo-30-Zone. Frau Röder fragt nach den Gründen für den Beschluss.

- Der Bürgermeister antwortet, dass der Park- und Begegnungsverkehr zu Stoßzeiten problematisch und der Fahrradverkehr gefährdet ist. Die Verwaltung hat die Maßnahmen des zeitlich begrenzten Parkverbotes und Tempo 30 mit dem Straßenverkehrsamt vorab abgestimmt. Die Maßnahmen werden beobachtet. Für Einzelfälle wird nach Lösungen gesucht. Eine Aufhebung des Parkverbots wird seitens der Verwaltung jedoch nicht favorisiert.

Herr Schulze zum Thema Friesenstraße:

Herr Schulze berichtet von Unfällen, Diebstählen, dass die Straßenverkehrsordnung nicht eingehalten wird und fragt nach Parktaschen.

- Der Bürgermeister antwortet, dass Parktaschen geprüft wurden, jedoch keine weitere Versiegelung in dem Waldgebiet erfolgen soll. Die Straße dient der sicheren Verkehrsabwicklung. Es wird mit Geschwindigkeitskontrollen nachgesteuert. Für Diebstähle ist die Polizei und Staatsanwaltschaft zuständig.

Frau Keilholz zum Thema Friesenstraße:

Frau Keilholz betont, dass Mehrpersonenhaushalte auf Straßenparkplätze angewiesen sind. Sie fordert zusätzliche Parkflächen auf Gemeindegrundstücken und kritisiert die mangelnde Einbindung der Anwohner.

- Der Bürgermeister kündigt die Prüfung von Einzelfällen an.

Herr Anders zum Thema Friesenstraße:

Herr Anders bemängelt, dass Anwohner den Straßenausbau bezahlen mussten, nun dürfen sie dort jedoch nicht mehr parken. Er schlägt Rasengitter-Parkflächen vor, um nicht noch weitere Parkflächen versiegeln zu müssen und warnt vor erhöhter Geschwindigkeit durch das Parkverbot. Zudem fragt er, welche Gemeindevertreter in der Friesenstraße wohnen, da der Beschluss fast einstimmig war.

- Der Bürgermeister weist daraufhin, dass bei Gemeindevertretern, insofern sie betroffen wären, ein eventuelles Mitwirkungsverbot geprüft werden würde. Der Bürgermeister erklärt, dass die Beiträge der Anwohner nur einen Teil der Kosten gedeckt haben.

Der Bürgermeister lädt am 29.04.2026 um 08:30 Uhr alle Interessierten in das Rathaus, in den Sitzungssaal, ein, um das Thema Friesenstraße zu besprechen.

6. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung

Herr Stahl erinnert daran, dass der Tunnel in der Gemeinde neu gestaltet wurde. Dabei wurden die zuvor vorhandenen Graffiti entfernt. Er erkundigt sich, ob seitens der Deutschen Bahn ein Graffiti-schutz geplant ist und fragt nach einer Einschätzung der Kosten für eine solche Maßnahme.

- Der Bürgermeister erklärt, dass das Thema mehrfach bei der Deutschen Bahn angesprochen wurde. Bislang habe es jedoch keine verlässlichen Auskünfte darüber gegeben, ob ein Graffiti-schutz vorgesehen ist. Die Bahn hat lediglich zugesichert, dies zu prüfen. Nach seiner Erinnerung belaufen sich die geschätzten Kosten auf etwa 90.000 bis 100.000 Euro.

Herr Hagedorn greift das Thema auf und weist darauf hin, dass auch auf gemeindeeigenen Flächen, wie beispielsweise an der Brücke am Siegerplatz Graffitischmierereien zu finden sind. Er erwähnt, dass es sich dabei häufig um wiederkehrende Schriftzüge eines bestimmten Verfassers handelt, dessen Identität aufgrund der Namensnennung auf den Graffiti möglicherweise bekannt sein könnte. Er regt an, dass die Gemeinde in solchen Fällen Anzeige erstatten und Schadensersatzforderungen stellen sollte, um die Entfernung der Schmierereien zu ermöglichen.

- Der Bürgermeister nimmt den Hinweis auf und erklärt, dass geprüft wird, ob in dem genannten Fall bereits eine Anzeige erstattet wurde. Sollte dies nicht der Fall sein, wird die Gemeinde dies nachholen. Er betont, dass die Gemeinde in engem Austausch mit dem zuständigen Revierpolizisten steht, der solche Taten verfolgt. Allerdings ist die Erfolgsquote bei der Aufklärung solcher Fälle in der Regel nicht hoch.

Frau Wehle erkundigt sich nach dem Verfahren im Zusammenhang mit dem Bürgerbudget. Sie möchte wissen, ob bei der Nichtumsetzbarkeit einer gewählten Maßnahme aus dem Bürgerbudget die nächste Maßnahme aus der Vorschlagsliste nachrückt, sofern das Budget dies zulässt.

- Der Bürgermeister erklärt, dass ein solcher Automatismus in der Einwohnerbeteiligungssatzung nicht vorgesehen ist. Er führt jedoch aus, dass nicht verbrauchte Mittel dem Bürgerbudget des Folgejahres hinzugefügt werden, sodass diese Gelder nicht verloren gehen.

Herr Damaschke greift die Frage von Frau Wehle auf und schlägt vor, dass bei der Erstellung der Prioritätenliste für das Bürgerbudget ein Nachrücken der Maßnahmen ermöglicht werden soll, falls eine Maßnahme nicht umgesetzt werden kann.

- Der Bürgermeister zeigt sich offen für diesen Vorschlag und verweist darauf, dass die Einwohnerbeteiligungssatzung am Jahresende evaluiert wird. In diesem Rahmen könnte eine entsprechende Anpassung geprüft und gegebenenfalls umgesetzt werden.

Frau Gänsdorfer hebt die schnelle und effiziente Reaktion auf einen Heizungsausfall in der Kita „Pustelblume“ hervor. Sie lobt die kurzfristige Organisation, die es ermöglichte, die Kinder für eine Woche in der Kita „Kleine Waldgeister“ unterzubringen. Zudem betont sie, dass die defekte Heizung innerhalb einer Woche vollständig ausgetauscht wurde, was ihrer Ansicht nach ein großes Engagement aller Beteiligten zeigt.

Herr P. Schulz:

1. **Fluglärm:** Er erläutert, dass Unterschriftenlisten bei der Landesregierung eingereicht wurden und erkundigt sich, wie mit diesen Listen nach der Regierungsneukonstellation weiter verfahren wird.
 - Der Bürgermeister erklärt, dass die Unterschriften dem Petitionsausschuss des Landtages Brandenburg übergeben worden sind. Dieser befasst sich derzeit mit dem Anliegen.
2. **evangelische Grundschule:** Er erwähnt, dass Bürger Unklarheiten hinsichtlich der Verzögerung der Eröffnung geäußert haben und fragt nach den Gründen der Verzögerung.
 - Der Bürgermeister erläutert, dass die Verzögerung auf die Komplexität des Bauvorhabens zurückzuführen ist.

Herr Wolter fragt nach, warum es kein öffentliches WLAN im Bürgerhaus, in der Bibliothek und im Rathaus gibt.

- Der Bürgermeister erklärt, dass im Rathaus und im Bürgerhaus ein Gast-WLAN mit Passwort zur Verfügung steht.
- Herr R. Schulz ergänzt, dass die Gemeinde vor einigen Jahren Fördermittel aus dem EU-Programm „WiFi4EU“ beantragt und erhalten hat, um öffentliche WLAN-Hotspots einzurichten. Die Gemeinde hatte sich verpflichtet, diese Hotspots für fünf Jahre zu betreiben. Dies hat jährliche Kosten von 1.100 Euro pro Standort verursacht. Aufgrund der geringen Nutzung hat die Gemeinde entschieden, die Hotspots sukzessive abzubauen. Der letzte verbliebene Hotspot wird derzeit für Sitzungen genutzt. Im Bürgerhaus und im Rathaus besteht jedoch weiterhin die Möglichkeit, ein Passwort für den WLAN-Zugang zu erhalten. Er betont, dass die Kosten für einen dauerhaften Betrieb in keinem Verhältnis zur tatsächlichen Nutzung stehen.

Herr Pieplow:

1. **Straße Am Hochwald:** Ein Bürger hat darauf hingewiesen, dass dort regelmäßig die erlaubte Geschwindigkeit erheblich überschritten wird. Herr Pieplow regt an, dass in diesem Bereich Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden sollten.
→ Der Bürgermeister nimmt den Hinweis auf und die Verwaltung wird beim Landkreis oder bei der Polizei eine Überprüfung der Verkehrssituation anfragen.
2. **Neues Förderprogramm zur Errichtung von Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge an Mehrfamilienhäusern:** Er regt an zu prüfen, ob dies auch für Bestandsobjekte der Gemeinde von Interesse sein könnte.
→ Der Bürgermeister antwortet, dass die Gemeinde Zeuthen in der Vergangenheit bereits Ladesäulen errichtet hat. Diese haben sich jedoch im Betrieb als wirtschaftlich unrentabel erwiesen, weshalb die Gemeinde derzeit keine weiteren Ladesäulen auf kommunalen Liegenschaften plant. Er ergänzt, dass die Gemeinde aktuell daran arbeitet, die bestehenden Ladesäulen auf einen neuen Betreiber umzustellen, um die wirtschaftliche Situation zu verbessern.
3. **Schnellladesäulen auf dem Parkplatz des Rewe-Marktes:** Diese wurden bereits im letzten Sommer errichtet, jedoch bis heute nicht in Betrieb genommen. Er erkundigt sich, ob der Gemeinde die Gründe für die Verzögerung bekannt sind.
→ Der Bürgermeister teilt mit, dass er diesbezüglich bei Rewe nachgefragt hat. Eine Rückmeldung steht noch aus. Die Gemeinde selbst hat keine Kenntnis über die Gründe der Verzögerung.
→ Frau Schust ergänzt, dass ihr zugetragen wurde, dass im Zusammenhang mit einem Vorfall am Tunnel, bei dem Kupfermaterialien entwendet wurden, auch bei den Ladesäulen Kupferkabel gestohlen wurde. Aufgrund dieses Diebstahls und der damit verbundenen Anzeige sowie der laufenden Prüfungen seien die Ladesäulen bislang nicht in Betrieb genommen worden.

Herr Burgschweiger erkundigt sich nach dem Bau des Steges im chinesischen Garten, der im Zusammenhang mit dem Vorhaben in der Heinrich-Heine-Straße steht. Er möchte wissen, wann mit der Umsetzung dieses Projekts zu rechnen ist.

- Der Bürgermeister erklärt, dass diese Information schriftlich nachgereicht wird, da hierzu eine Rückfrage erforderlich ist.

Frau Sachwitz thematisiert die frühere Übergabe der Ecke Kastanienallee an den Naturschutzbeirat, der dort eine Präsentation des Naturschutzes im kleinen Maßstab eingerichtet hat. Sie weist darauf hin, dass der Naturschutzbeirat den Garten offenbar nicht mehr betreibt und erinnert daran, dass ursprünglich vorgesehen war, den Garten zu bestimmten Zeiten für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Sie fragt nach dem aktuellen Stand der Angelegenheit.

- Der Bürgermeister schlägt vor, dieses Thema im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln, da es konkrete Angaben zu Nutzern betrifft und daher detaillierter besprochen werden muss.

7. Umsetzung Klimaschutzkonzept **Vorlage: BV-006/2025**

Der Bürgermeister führt in die BV-006/2025 ein. Herr Rau stellt sich kurz vor und ergänzt die Ausführungen des Bürgermeisters. Er verweist auf das aktualisierte Klimaschutzkonzept. Der Zeitkorridor wurde von 2040 auf 2045 angepasst, um den gesetzlichen Mindestanforderungen zu entsprechen. Potenzialanalysen und Szenarien konnten wegen begrenzter Ressourcen nicht vollständig überarbeitet werden. Das Konzept ist als dynamisches Dokument zu verstehen und kann regelmäßig aktualisiert werden. Änderungen im Maßnahmenkatalog wurden vorgenommen. Die Umsetzung steht unter dem Finanzierungsvorbehalt, da Mittel jährlich im Haushalt bereitgestellt werden müssten.

Herr Wolter übt umfangreiche Kritik am Klimaschutzkonzept: veraltete Datenbasis, fehlende Berücksichtigung kommunaler Liegenschaften wie Bauhof, widersprüchliche Darstellung der Klimaneutralität bis 2045, inhaltliche Fehler und veraltete Maßnahmen. Er fordert konkrete Ziele wie jährliche Reduktion des CO₂-Fußabdrucks statt detaillierter Maßnahmevorgaben und kann dem Konzept in der vorliegenden Form nicht zustimmen. Er kritisiert zudem, dass Änderungen im Konzept nicht markiert wurden, und äußert Zweifel an der Umsetzbarkeit bestimmter Maßnahmen. Der Bürgermeister bittet um Übersendung der Fragen, damit alle beantwortet werden können und geht auf einige Fragen ein.

Zudem wird über den Klimabeirat sowie deren Notwendigkeit angesprochen. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass Fördermittel hiervon abhängig sind. Einige Gemeindevertreter äußern, dass das Konzept zwar die Richtung vorgibt, jedoch einzelne Punkte noch angepasst werden können. Wichtig ist, dass es einen Beschluss hierzu gibt. Frau Wehle gibt den Hinweis, dass das Klimaschutzkonzept mit den Maßnahmen der Klimafolgenanpassung verschwimmt. Es muss ein separates Klimafolgenanpassungskonzept geben.

Alle Fragen der Gemeindevertreter wurden durch den Bürgermeister beantwortet. Frau Langas war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes durch die Gemeindeverwaltung.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen ^{*)}
23	22	11	1	10	0

^{*)}Verfahrensvermerk: Ausschluss von der Beratung und Abstimmung aufgrund des § 22 BbgKVerf

8 . Gründung eines Klimabeirates
Vorlage: BV-018/2026

Pause von 20:37 Uhr bis 20:42 Uhr.

Der Bürgermeister führt in die BV-018/2026 ein. Es gibt keine Fragen der Ausschussmitglieder.

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, einen Klimabeirat zu gründen. Dazu ist bis Ende 2026 die Einwohnerbeteiligungssatzung entsprechend anzupassen. Es ist dabei klar zu definieren, wie der Klimabeirat besetzt wird und wie er seine beratende Funktion wahrnehmen soll.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen ^{*)}
23	23	13	10	0	0

^{*)}Verfahrensvermerk: Ausschluss von der Beratung und Abstimmung aufgrund des § 22 BbgKVerf

9 . Beschluss der kommunalen Wärmeplanung für die Gemeinde Zeuthen
Vorlage: BV-010/2026

Der Bürgermeister führt in die BV-010/2026 ein, Herr Rau ergänzt die Ausführungen.

Eine reger Austausch fand statt. Alle Fragen der Ausschussmitglieder wurden beantwortet.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Zeuthen beschließt:

1. den kommunalen Wärmeplan in der vorliegenden Form, mit seinen Bestandteilen Bestandsanalyse, Potentialanalyse, Eignungsgebiete für Wärmenetze, Zielszenario, Maßnahmen und Wärmewendestrategie siehe Anlage 1_Kommunaler Wärmeplan der Gemeinde Zeuthen_022026,
2. Die Umsetzung der Maßnahmen wird unter den Vorbehalt der Finanzierbarkeit gestellt. Über den Umsetzungsstand wird regelmäßig in den zuständigen Gemeindegremien, insbesondere im Ausschuss für Umwelt, Ordnung, Brand- und Katastrophenschutz bzw. im Ausschuss für Ortsentwicklung und Infrastruktur berichtet.
3. Die Gemeindevertretung beauftragt den Bürgermeister die Kommunale Wärmeplanung im Sinne des § 25 WPG fortzuschreiben und zu gegebenem Zeitpunkt zur Beschlussfassung erneut vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen ^{*)}
23	23	21	0	2	0

^{*)}Verfahrensvermerk: Ausschluss von der Beratung und Abstimmung aufgrund des § 22 BbgKVerf

10 . Sachstand Fluglärm
Vorlage: IV-019/2026

Der Bürgermeister führt in die IV-019/2026 ein.

Frau Wehle betont die Notwendigkeit einer klaren Strategie, um die Anliegen der Gemeinde effektiver zu vertreten. Sie weist darauf hin, dass die Mobilisierung der Öffentlichkeit und die Bündelung von Ressourcen entscheidend sind, um gegen die überlegene Position des Flughafens vorzugehen.

Frau Haarfeldt informiert über eine bevorstehende Veranstaltung zum Thema Lärm und dessen gesundheitliche Auswirkungen, die am 08.05.2026 in der Mehrzweckhalle stattfindet.

Alle Fragen der Gemeindevertreter wurden beantwortet.

11 . Feinstaubbelastung durch Luftverkehr

Vorlage: IV-020/2026

Der Bürgermeister führt in die IV-020/2026 ein.

Herr Bruns äußert sich kritisch zu den bisherigen Messungen und fordert, dass Messstationen auch in den Überfluggebieten, wie dem Zeuthener Winkel und der Hoffmannkurve aufgestellt werden sollten. Er schlägt vor, diese Stationen dauerhaft zu betreiben und die Rohdaten öffentlich zugänglich zu machen, um die Auswirkungen des Ultrafeinstaubes auf die Gesundheit transparenter zu machen. Der Bürgermeister nimmt die Anregung mit. Frau Wehle ergänzt, dass die langfristigen Auswirkungen von Ultrafeinstaub auf die Gesundheit erst nach Jahren sichtbar werden.

12 . Eilantrag – Erlass einer Veränderungssperre für den Bereich Siegertplatz

Vorlage: BV-011/2026

Der Bürgermeister verweist auf die Diskussion im Hauptausschuss. Er betont, dass die Maßnahme in der vorliegenden Form nicht umsetzbar ist, und schlägt vor, die Angelegenheit nicht erneut zu beschließen. Er kündigt an, eine neue Beschlussvorlage für den nächsten Ortsentwicklungsausschuss vorzubereiten, die die Anliegen der Bürger berücksichtigt, insbesondere soll die rechte Seite des Siegertplatzes in ihrer bisherigen Form erhalten bleiben.

Herr Damaschke führt aus, dass CDU und BFZ einen Antrag gestellt haben, um einer möglichen Bebauung des Siegertplatzes vorzubeugen, insbesondere hinsichtlich des Volleyballplatzes. Nach einer gründlicheren Kostenrecherche, die zu deutlich höheren Kostenschätzungen geführt hat, hat der Bürgermeister von dem Vorhaben Abstand genommen. Vor diesem Hintergrund sind BFZ und CDU bereit, ihren Antrag zurückzuziehen. Daher wird nicht abgestimmt.

13 . Feststellung der Entbehrlichkeit für kommunale Zwecke des Grundstückes Grenzstraße 4 (Gemarkung Miersdorf, Flur 8, Flurstück 213)

Vorlage: BV-013/2026

Der Bürgermeister führt in die BV-013/2026 ein.

Alle Fragen der Ausschussmitglieder wurden beantwortet.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Feststellung der Entbehrlichkeit gemäß § 87 Abs. 1 BbgKVerf für das Grundstück Grenzstraße 4 (Gemarkung Miersdorf, Flur 8, Flurstück 213), bebaut teilweise mit einem Haus, für die Erfüllung heutiger und künftiger öffentlicher Aufgaben.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen*)
23	23	22	0	1	0

*) Verfahrensvermerk: Ausschluss von der Beratung und Abstimmung aufgrund des § 22 BbgKVerf

14 . Grundsatzbeschluss zur interkommunalen Zusammenarbeit in ZES

Vorlage: BV-015/2026

Der Bürgermeister führt in die BV-015/2026 ein.

Herr Wolter begrüßt die Zusammenarbeit, bittet aber darum, dass die Gemeindevertreter weiterhin ein Mitspracherecht haben. Der Bürgermeister versichert die Einbindung der Gemeindevertretung in alle relevanten Entscheidungen. Organisatorische Maßnahmen werden nur mit Zustimmung der Gemeindevertretung umgesetzt.

Frau Wehle begrüßt die Initiative und weist auf steuerrechtliche Folgen hin: Ab 01.01.2027 werde § 2b UStG verpflichtend, wodurch Kommunen für bestimmte Leistungen an Dritte umsatzsteuerpflichtig werden könnten. Besonders nicht-hoheitliche Leistungen (z. B. Bauhoftätigkeiten) könnten betroffen sein. Sie fordert eine Prüfung, ob geplante Maßnahmen als Beistandsleistungen gelten, um zusätzliche finanzielle Belastungen zu vermeiden.

Herr Wolter regt an, die Gemeindevertretung regelmäßig, mindestens im Hauptausschuss, über den Verhandlungsfortschritt und der Konzeptentwicklung zu informieren. Daraufhin ändert der Bürgermeister den Beschlussvorschlag unter Punkt 4 und ergänzt den Hauptausschuss wie folgt:

„Der Bürgermeister unterrichtet **den Hauptausschuss und** die Gemeindevertretung mindestens vierteljährlich über den Fortgang der Verhandlungen und die Ergebnisse der Konzeptentwicklungen.“

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Die Gemeinde Zeuthen beteiligt sich an einer strukturierten interkommunalen Zusammenarbeit mit den Gemeinden Schulzendorf und Eichwalde (ZES).
2. Das Ziel der Zusammenarbeit ist die Steigerung von Effizienz, Qualität und Wirtschaftlichkeit bei der Erfüllung kommunaler Aufgaben unter Wahrung der jeweiligen kommunalen Selbstständigkeit.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt,
 - mit den beteiligten Gemeinden Schulzendorf und Eichwalde den Entwurf einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit gemäß GKG Bbg zu erarbeiten und der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorzulegen.
 - Der Bürgermeister wird zudem beauftragt, ein Konzept für die Rechtsform und Arbeitsweise eines interkommunalen Lenkungsausschusses zu erarbeiten. Die Benennung der Vertreter der Gemeinde Zeuthen bleibt einem separaten Beschluss der Gemeindevertretung vorbehalten.
 - Ferner ist ein Umsetzungskonzept für Pilotprojekte und kurzfristige Maßnahmen (sog. „Quick Wins“, z. B. im Bereich Abfallentsorgung, Kitaplatz-Management oder Winterdienst) zu erstellen. Dieses Konzept muss eine Schätzung der finanziellen Auswirkungen sowie personellen Ressourcen enthalten und ist der Gemeindevertretung zur Einzelentscheidung bzw. Freigabe vorzulegen.
4. Der Bürgermeister unterrichtet den Hauptausschuss und die Gemeindevertretung mindestens vierteljährlich über den Fortgang der Verhandlungen und die Ergebnisse der Konzeptentwicklungen.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen ¹⁾
23	23	23	0	0	0

¹⁾Verfahrensvermerk: Ausschluss von der Beratung und Abstimmung aufgrund des § 22 BbgKVerf

15. Sonstiges

Keine Anfragen

Ende des öffentlichen Teils um 21:51 Uhr

Nadine Selch
Vorsitzende der Gemeindevertretung

Katja Bluhm
Schriftführung